

RUSSLANDS VERHÄLTNIS ZU SEINEN NACHBARN

■ ANALYSE

- Postimperialistischer Phantomschmerz oder gute Nachbarschaft? Eine Umfrage zu den außenpolitischen Vorstellungen der Russen 2
Elke Fein, Freiburg

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

- Die Russen und ihre postsowjetischen Nachbarn 5

■ UMFRAGE

- Russland und die ehemaligen Sowjetrepubliken 9
Ist Russland eine Großmacht? 10

■ UMFRAGE

- Der Gasstreit zwischen Russland und Belarus in der öffentlichen Meinung Russlands 14
Die Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ über das russisch-belarussische Gasproblem 14
Russens über Belarus in den Umfragen des Lewada-Zentrums 17

■ CHRONIK

- Vom 24. Januar bis zum 1. Februar 2007 19



Analyse

Postimperialistischer Phantomschmerz oder gute Nachbarschaft? Eine Umfrage zu den außenpolitischen Vorstellungen der Russen

Elke Fein, Freiburg

Zusammenfassung

Der Charakter der Beziehungen zwischen den Nachfolgestaaten der UdSSR hat sich in den vergangenen 15 Jahren tief greifend verändert. Das illustriert eine Untersuchung, die vom Mittelrussischen Beratungszentrum in Wladimir mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt wurde und in der Stand und Qualität der Beziehungen Russlands mit den ehemaligen Republiken der UdSSR in der Einschätzung seiner Bürger untersucht wurden. Sie fördert jedoch auch interessante Differenzen zwischen den in der Gesellschaft verbreiteten Ansichten und dem offiziellen Regierungsdiskurs einerseits und (weniger überraschende) graduelle Unterschiede zwischen der älteren und den jüngeren Generationen andererseits zutage.

Der postsowjetische Raum in russischen Augen

Der Charakter der Beziehungen zwischen den Nachfolgestaaten der UdSSR hat sich in den vergangenen 15 Jahren tief greifend verändert. Wie die Konflikte der vergangenen Jahre und Monate zur Genüge zeigen, schwankt Russland im Ringen um Selbstbehauptung und um die Anerkennung seiner Rolle im internationalen Kräftespiel einseitig zwischen zwei Polen: der Annäherung an den Westen in Verbindung mit dem Bemühen um Integration in globale Institutionen und Wertegemeinschaften einerseits und der Abgrenzung eigener Interessenssphären und einer entsprechenden Restrukturierung des postsowjetischen Raums andererseits. Diese russische Außenpolitik hat bei Russlands Partnern nicht eben zur Vertrauensbildung beigetragen. Der zum Jahreswechsel neuerlich entflammte Gastreit, diesmal zwischen Russland und Belarus, belastete die Beziehungen zu den betroffenen Nachbarstaaten sowohl im GUS-Raum als auch in und außerhalb der EU. Auch die jüngste Eskalation des russisch-georgischen Konflikts und das in diesem Zusammenhang von russischer Seite demonstrierte „Säbelrasseln“, von Walter Kaufmann in der Zeitschrift „Osteuropa“ als Ausdruck „postimperialen Phantomschmerzes“ der gekränkten Groß- und Weltmacht erklärt, illustrieren die gegenwärtige Krise der GUS.

Eine unlängst vom Mittelrussischen Beratungszentrum in Wladimir mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführte Studie, in der Stand und Qualität der Beziehungen Russlands mit den ehemaligen Republiken der UdSSR in der Einschätzung seiner Bürger erhoben wurden, weist diese Ambivalenzen auch in der russischen Bevölkerung nach, fördert jedoch auch interessante Differenzen zwischen den

in der Gesellschaft verbreiteten Ansichten und dem offiziellen Regierungsdiskurs einerseits und (weniger überraschende) graduelle Unterschiede zwischen der älteren und den jüngeren Generationen andererseits zutage.

Wenngleich noch vor der Eskalation der Konflikte mit Belarus und Georgien durchgeführt, verdient die Studie angesichts der aktuellen Konflikte innerhalb der GUS erhöhte Aufmerksamkeit. Denn ihr zentrales Untersuchungsinteresse galt der Frage, in welchem Maße die Russen die ehemaligen Republiken der UdSSR als urtümlich russische Territorien betrachten, die unter den Einfluss Russlands „zurückgeholt“ werden müssen, und wieweit sie die Souveränität der neuen Staaten im Sinne gutnachbarlicher politischer, ökonomischer und kultureller Beziehungen zu beiderseitigem Nutzen anerkennen. Und letztlich ist dies auch die Frage danach, inwieweit in Russland von einem „postimperialen Syndrom“ gesprochen werden kann. Hierzu befragte das Mittelrussische Beratungszentrum zwischen März und Juni 2006 insgesamt 2.389 Personen in sechs Regionen Russlands, die die wichtigsten geographischen Zonen repräsentieren und sich voneinander durch das Niveau ihrer jeweiligen sozioökonomischen Entwicklung unterscheiden, mithilfe standardisierter Fragebögen.

Die Einschätzung der Situation in den ehemaligen Republiken der UdSSR

Die Vorstellungen der Russen über die Beziehungen zwischen Russland und den GUS-Staaten scheinen im Wesentlichen durch zwei Faktoren geprägt zu sein: erstens durch ihre Einschätzung der Lage Russlands in der heutigen Welt und zweitens durch ihre vorwiegend von den Massenmedien gebildete Einschätzung der Situation in den ehemaligen

Republiken der UdSSR. Letztere ist durch eine negative Bewertung des Wohlstandsniveaus und eine überaus skeptische Bewertung der internationalen Position dieser neuen Staaten geprägt. Danach stellt sich die Situation auf dem gesamten Gebiet der ehemaligen UdSSR mit Ausnahme des Baltikums schlechter dar, als in Russland selbst.

Demgegenüber wächst unter den befragten Russen das Selbstbewusstsein. Die Studie zeigt, dass im Verlauf der letzten fünf Jahre kontinuierlich der Anteil derer gesunken ist, die der Ansicht sind, dass Russland den von der Sowjetunion erreichten Großmachtstatus nicht bewahren konnte (2001: 78,9% - 2006: 62,7%). [vgl. Grafik 1 auf Seite 5]

Diese Einschätzung dürfte nicht zuletzt dadurch bedingt sein, dass das Niveau der ökonomischen Entwicklung und die Gewährleistung eines hohen Lebensstandards für die eigenen Bürger von jeweils 38% als Hauptmerkmal einer Großmacht betrachtet werden. Demgegenüber wird etwa die Existenz einer starken Armee mehr als wichtiger Nebeneffekt ökonomischen Erfolgs angesehen denn als *sine qua non* einer Großmacht. Auch eine (Wieder-) Vereinigung der ehemaligen Republiken der UdSSR zu einem einheitlichen Staat wird nur von 9% der Befragten als wichtig für den Erhalt des Großmachtstatus erklärt.

Bewertung der Unabhängigkeit der ehemaligen Republiken der UdSSR

Die wahrgenommene Schwäche der GUS-Länder rührt wohl auch von der Überzeugung einer Mehrheit der Befragten her, dass die ehemaligen Republiken der UdSSR de facto nicht zu selbständigen Staaten geworden sind. Stattdessen sieht man sie entweder in ökonomischer Abhängigkeit von Russland (46%) oder in wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit von den USA und Europa (41%). In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass die Mehrheit der Russen die Gründe für die Ereignisse, die unter dem Namen „bunte Revolutionen“ zum Machtwechsel in einigen der ehemaligen Unionsrepubliken geführt haben, eher in innenpolitischen und ökonomischen Widersprüchen dieser Staaten selbst, als in einer Einmischung seitens des Westens sieht.

Obwohl die Respondenten die GUS-Staaten in einer realen politischen und ökonomischen Abhängigkeit sehen, anerkennt und würdigt ein großer Teil der Russen, vor allem aus der jüngeren und mittleren Generationen, die rechtliche Souveränität der neuen Staaten und das politisch-moralische Recht ihrer Völker, selbst über ihr Schicksal zu verfügen. Dabei demonstrieren die Befragten ein starkes Einfühlungsvermögen. So sind 40% überzeugt, dass

sich die benachbarten Völker selbständig entwickeln und ihre Unabhängigkeit bewahren wollen. Jeder fünfte Respondent meint, dass die Bewohner des „nahen Auslands“ Angst davor haben, Russland könne ihnen erneut seine politische und wirtschaftliche Vorherrschaft aufzwingen. Etwa ebenso viele Befragte (21%) vermuten, dass ihre Nachbarn froh darüber sind, sich endlich aus dem Einflussgebiet Russlands befreit zu haben und sich selbständig entwickeln zu können, und dass sie keineswegs zurück in einen einheitlichen Staat streben. Nur 18% der Respondenten meinen, dass die Bürger ihrer Nachbarstaaten wünschten, Russland würde sie wieder unter seine Fittiche nehmen. Die Perspektiven einer intensiveren Zusammenarbeit im GUS-Raum, etwa in Form einer (Wieder-) Vereinigung der ehemaligen Unionsrepubliken zu einem einheitlichen Staat werden vor diesem Hintergrund denn auch überaus skeptisch beurteilt. [vgl. Tabelle 5 auf Seite 8] Die Unabhängigkeit der ehemaligen Republiken der UdSSR wird mithin von einem Großteil der Russen nicht als ernsthafte Gefahr für Russland angesehen und die Unterwerfung des postsowjetischen Raums unter die Interessen Russlands daher nicht als vordringliche Maßnahme zur Wiedererrichtung des Status einer Großmacht betrachtet. Dieser wohlwollend verständnisvollen, emphatischen und toleranten Haltung, die sich positiv vom außenpolitischen Diskurs der russischen Führung abhebt, liegt nicht zuletzt eine insgesamt vertrauensvolle Einschätzung der wechselseitigen Beziehungen zugrunde.

Bewertung der wechselseitigen Beziehungen zwischen Russland und den GUS-Staaten

Wie gestaltet sich demnach das Verhältnis der Russen gegenüber den Völkern der inzwischen unabhängigen Teile der einstigen vereinten Großmacht? Diesbezüglich wurde zum einen die Einschätzung der Nachbarvölker und ihrer Regierungen durch die Russen erhoben und zum anderen deren Einschätzung darüber, wie erstere über Russland denken.

Im Großen und Ganzen betrachtet die Mehrheit der Russen den postsowjetischen Raum als ein Gebiet, das Russland gegenüber positiv gesinnt ist. Nach Meinung der Respondenten ist das Verhältnis der Bevölkerungen in der überwiegenden Mehrheit (von elf) der ehemaligen Unionsrepubliken Russland gegenüber respektvoll oder sogar freundschaftlich. Eine Ausnahme stellen lediglich die drei baltischen Republiken dar.

Gleichwohl sind deutliche Unterschiede in den Bewertungen der Regierungen der Nachbarstaaten einerseits und ihrer Bürger andererseits zu beobachten. Insgesamt herrscht dabei die Ansicht vor, dass die

Nachbarvölker ein positiveres Verhältnis zu Russland haben als deren Regierungen (mit Ausnahme derjenigen von Aserbaidschan). [vgl. Grafiken 2 und 3 auf Seite 6 und 7]

Probleme in den wechselseitigen Beziehungen mit den ehemaligen Unionsrepubliken entstehen nach Ansicht der Befragten daher vorwiegend aufgrund der Feindschaft der Regierungen der neuen Staaten. Zu den nicht freundlich gesonnenen Regierungen zählten die Befragten dabei neben denen der baltischen Staaten auch diejenigen Georgiens, der Ukraine und Moldawiens, also alle diejenigen Staatsführungen, mit denen die russische Führung unter Putin in den vergangenen beiden Jahren medienwirksame Spannungen hatte.

Dennoch demonstrieren die Russen somit nicht nur ein überaus wohlwollendes Verhältnis zu den Völkern der ehemaligen Republiken der UdSSR sondern sind auch der Ansicht, dass dieses Wohlwollen wechselseitig ist und dies auf der Grundlage der Unabhängigkeit beider Partner.

Pragmatische Präferenzen bezüglich außenpolitischer Strategien gegenüber GUS-Staaten

Die wohlwollende und respektvolle Einstellung gegenüber den Nachbarstaaten, ebenso wie die Überzeugung fast der Hälfte (45%) der Russen, dass zur Wahrung des Großmachtstatus vor allem wirtschaftliche Entwicklung und die Erhöhung des Lebensstandards erforderlich sind, bestimmt auch ihre Ansichten bezüglich der wünschenswerten außenpolitischen Maßnahmen und Strategien gegenüber den Nachbarländern. Eine (relative) Mehrheit der Befragten ruft dazu auf, die politische und ökonomische Unabhängigkeit der ehemaligen Republiken der UdSSR anzuerkennen und sich ihnen gegenüber auf dieser Grundlage ebenso zu verhalten, wie gegenüber beliebigen anderen Ländern: als gleichberechtigte Partner. 31% sprechen sich ferner dafür aus, sich so wenig wie möglich in ihre Innenpolitik einzumischen, sondern die Entwicklung wirtschaftlicher Projekte zu fördern, die zu beiderseitigem Nutzen sind. Lediglich 14% der Respondenten meinen, dass Russland traditionell das Recht auf Einmischung in die Innenpolitik der ehemaligen Republiken der UdSSR habe, weil diese früher Teile eines gemeinsamen Staates waren.

Gleichwohl wird eine aktivere Politik in der Region durchweg befürwortet, dies jedoch überwiegend mit pragmatischen Begründungen: entweder der Notwendigkeit, die Rechte der Russen zu schützen, die nach dem Zerfall der UdSSR in großer Zahl in den ehemaligen Unionsrepubliken zurückblieben (35%),

oder der traditionellen Zugehörigkeit der ehemaligen Republiken zu einer Zone gemeinsamer politischer und ökonomischer Interessen (22%). Die Autoren der Studie sehen daher in der Unterstützung einer erhöhten Aktivität der Russischen Föderation gegenüber den ehemaligen Republiken der UdSSR nicht den Ausdruck eines postimperialistischen Syndroms, sondern eher das Bestreben, die traditionell engen Beziehungen zu ihnen zu erhalten.

Außenpolitische Maßnahmen zur Stärkung des Status' Russlands und seines Einflusses im GUS-Raum werden im Vergleich mit den Prinzipien der Unabhängigkeit und der guten Nachbarschaft also insgesamt für weniger wichtig gehalten. Unter den diesbezüglich vorgeschlagenen Antwortvarianten dominieren wirtschaftliche Anreiz- bzw. Sanktionsmaßnahmen vor politischen und militärischen Einflussversuchen. Die Idee, zur Ausübung von Druck auf andere Länder die Vorteile zu nutzen, über die Russland durch seine Energiereserven verfügt, genießt dagegen nur geringe Popularität. Nennenswerte altersspezifische Differenzen sind in dieser Frage nicht zu beobachten.

Somit dokumentieren die Ergebnisse der Untersuchung, dass die Mehrheit der Russen ihre Regierung zur Herstellung bzw. Pflege gutnachbarschaftlicher Beziehungen mit den ehemaligen Republiken der UdSSR drängt.

Einstellung zum Europa, der Europäischen Union und den USA

Aus dem seitens der Russen weithin anerkannten Recht der ehemaligen Unionsrepubliken, unabhängige Staaten zu sein, folgt auch eine recht hohe Akzeptanz ihres Rechts, beliebigen internationalen Bündnissen beizutreten. Diese übersteigt auch die negative Einstellung gegenüber einer weiteren Erweiterung der Europäischen Union in den postsowjetischen Raum hinein signifikant. Hierin ist eine weitere Diskrepanz der Umfrageergebnisse mit entsprechenden Aspekten der Regierungspolitik zu erkennen.

Gleichwohl bleibt das Verhältnis der Russen gegenüber der Europäischen Union und dem Westen insgesamt einstweilen uneindeutig. Insbesondere die Verbreitung des Antiamerikanismus, ebenso wie die antiwestlicher Stimmungen allgemein im russischen öffentlichen Bewusstsein wird durch die Studie ein weiteres Mal bestätigt. Den stärksten Widerhall im kollektiven Bewusstsein der Russen findet der Regierungsdiskurs denn auch in Bezug auf die Einschätzung, die USA und die Länder des Westens seien bestrebt, Russland zu schwächen und es in ihren Rohstofflieferanten zu verwandeln. Diese Gefahr wird

in ihrer Dimension und ihrer Aktualität als ebenso groß wahrgenommen, wie die vom internationalen Terrorismus ausgehende. Vor diesem Hintergrund sprechen sich die Russen daher häufiger für eine der amerikanischen und der europäischen entgegengesetzte Politik aus als für eine Zusammenarbeit mit den USA und Europa. [vgl. Grafik 4 auf Seite 7] Dennoch zeigen sich in der Bewertung des Westens und des angestrebten bzw. wünschenswerten Verhältnisses ihm gegenüber auch die deutlichsten generationellen Unterschiede. Eine besonders ausgeprägte Skepsis gegenüber der Europäischen Union ist mithin nur unter denjenigen Russen zu finden, die älter als 50 Jahre sind,

während unter den jungen Leuten die Anhänger einer Annäherung Russlands an die EU überwiegen. Ihre Befürwortung einer aktiven Beteiligung Russlands an der europäischen Integration geht sogar soweit, dass sie die Ansicht vertreten, Russland solle selbst einen Beitritt zur Europäischen Union anstreben. Dass sich die russische Bevölkerung in dieser sowohl von der europäischen als auch der russischen Politik derzeit nicht als aktuell betrachteten Frage immerhin in zwei gleiche Hälften aufteilt, wobei die diesbezügliche Grundeinstellung sogar eher positiv als negativ zu sein scheint, lässt für die Zukunft einige Dynamik(en) erwarten.

Zur Autorin:

Dr. Elke Fein ist Politologin an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Sie lehrt dort osteuropäische Zeitgeschichte und politische Theorie. Ihre Arbeitsgebiete umfassen Probleme der Transformations- und Systemwechselforschung, Theorien der kulturellen Entwicklung und Modernisierung sowie qualitative sozialwissenschaftliche Methoden.

Lesetipps:

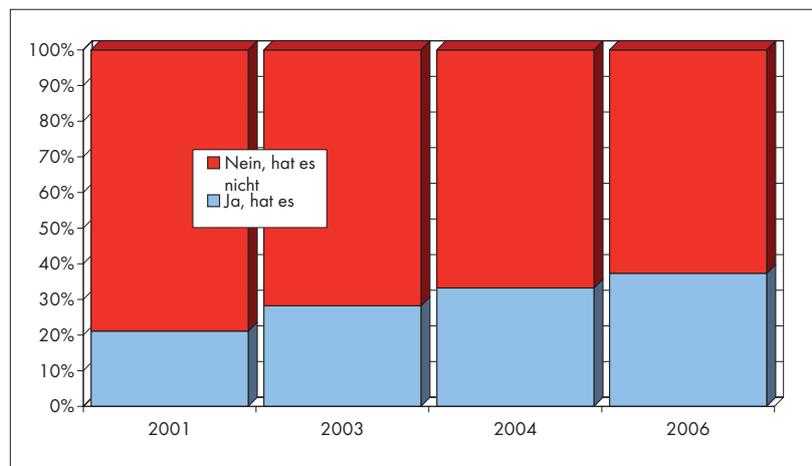
- „Die Russen und ihre Nachbarvölker: Gleichberechtigung und gute Nachbarschaft oder postimperialistisches Syndrom?“, Mittelrussisches Beratungszentrum Wladimir/Friedrich Ebert Stiftung Moskau 2006.
- Walter Kaufmann: „Bärendienste. Georgien und Russland in der Eskalationsspirale“, in: Osteuropa Nr. 10/2006, S. 117–121.

Tabellen und Grafiken zum Text

Die Russen und ihre postsowjetischen Nachbarn

Nach: Ansichten der Russen zu ihren postsowjetischen Nachbarn. Eine Umfrage im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Kommentierte Auswahl einiger Ergebnisse. Autoren der russischen Langfassung der Studie: D. I. Petrosjan und I. W. Swintsow, Mittelrussisches Beratungszentrum, Wladimir 2006, Bearbeitung: Dr. Matthes Bubbe und Catherine Zanev

Grafik 1: Hat Russland den ihm von der UdSSR hinterlassenen Status einer Großmacht bewahrt?



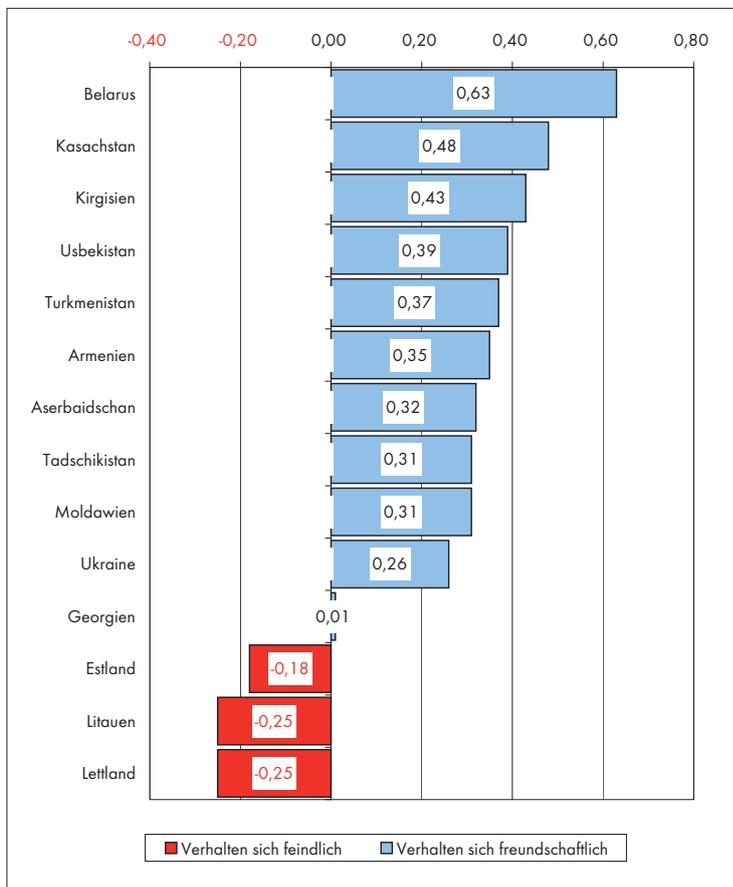
	2001	2003	2004	2006
Ja, hat es	21,10%	28,20%	33,20%	37,30%
Nein, hat es nicht	78,90%	71,80%	66,80%	62,70%

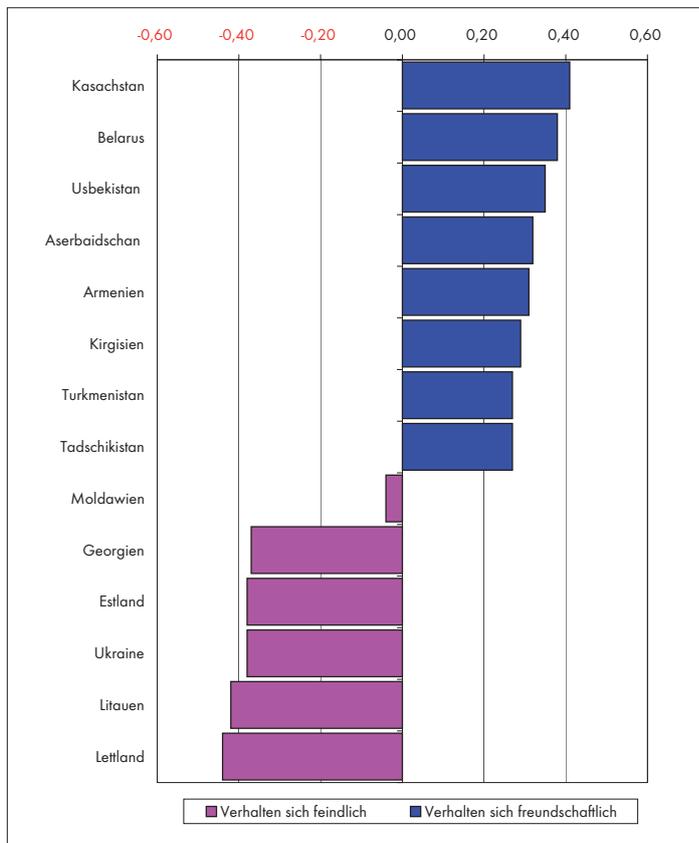
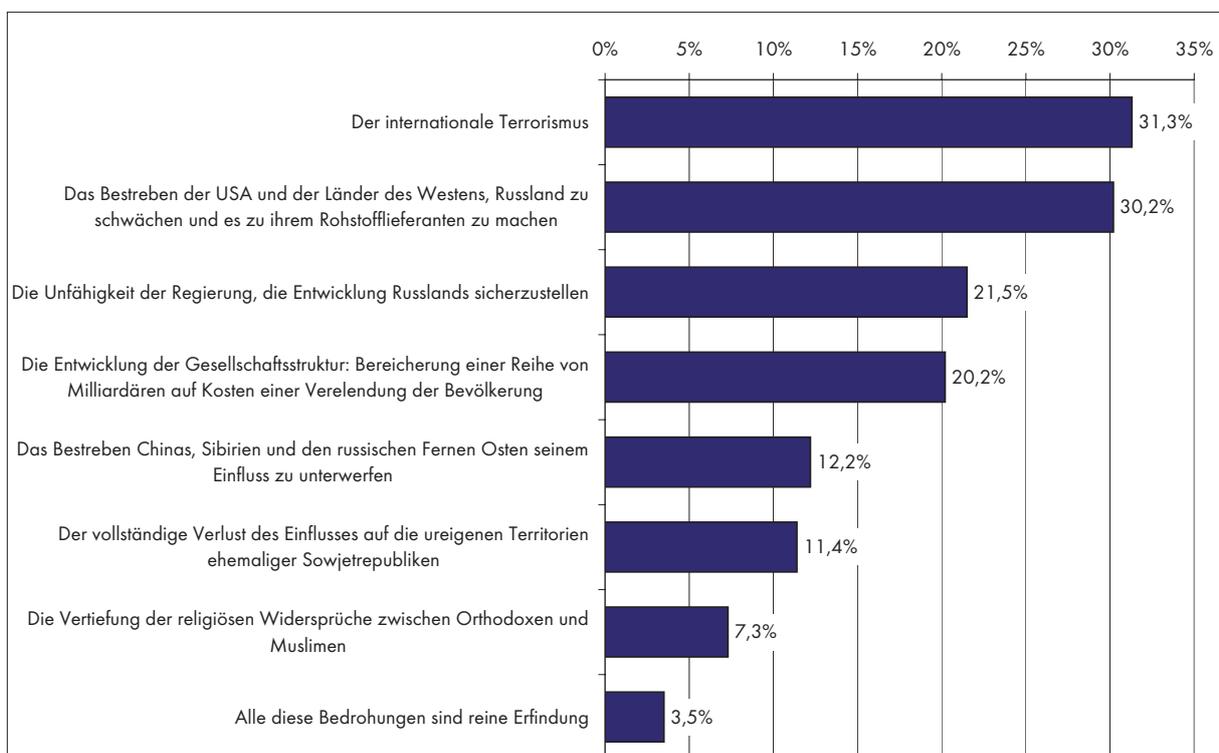
Tabelle 1: Sollte Russland auf eine Vereinigung der ehemaligen Republiken der UdSSR zu einem neuen einheitlichen Staat hinwirken?

(in Abhängigkeit vom Alter der Respondenten)
(in Prozent der Gesamtzahl derer, die die Frage beantwortet haben)

	Durchschnitt der Stichprobe	16–30 Jahre	31–50 Jahre	51 Jahre und älter
Ja, es ist notwendig, diese Länder zu einem mächtigen, einheitlichen Staat zu vereinen.	18%	15,60%	16,10%	24%
Es wäre gut, die ehemaligen Republiken zu vereinen, aber das ist kaum möglich.	20,30%	23,60%	19%	17,20%
Einen einheitlichen Staat in den Grenzen der UdSSR wird es nie mehr geben, aber verschiedene politische und wirtschaftliche Bündnisse der unabhängigen Staaten sind möglich.	30,60%	31,20%	33,50%	25,40%
Niemand in den ehemaligen Republiken der UdSSR braucht die Schaffung eines neuen einheitlichen Staates, jedes Land kann und muss sich selbständig entwickeln.	14,50%	13,70%	16%	14,70%
Russland sollte sich nicht darum bemühen, wieder einen einheitlichen Staat aus den ehemaligen Republiken zu bilden – wir würden nur wiederum andere Völker „durchfüttern“.	18,40%	17,20%	18,40%	20,40%
Gesamtzahl derer, die die Frage beantwortet haben	2.255	815	865	524

Grafik 2: Haltung der Bevölkerungen der ehemaligen Republiken der UdSSR gegenüber Russland



Grafik 3: Haltung der Regierungen der ehemaligen Republiken der UdSSR gegenüber Russland

Grafik 4: Was bedroht Russland in der heutigen Welt am meisten?


(Fortsetzung von vorheriger Seite) Was bedroht Russland in der heutigen Welt am meisten?

Der internationale Terrorismus	31,3%
Das Bestreben der USA und der Länder des Westens, Russland zu schwächen und es zu ihrem Rohstofflieferanten zu machen	30,2%
Die Unfähigkeit der Regierung, die Entwicklung Russlands sicherzustellen	21,5%
Die Entwicklung der Gesellschaftsstruktur: Bereicherung einer Reihe von Milliardären auf Kosten einer Verelendung der Bevölkerung	20,2%
Das Bestreben Chinas, Sibirien und den russischen Fernen Osten seinem Einfluss zu unterwerfen	12,2%
Der vollständige Verlust des Einflusses auf die ureigenen Territorien ehemaliger Sowjetrepubliken	11,4%
Die Vertiefung der religiösen Widersprüche zwischen Orthodoxen und Muslimen	7,3%
Alle diese Bedrohungen sind reine Erfindung	3,5%

Tabelle 4: Soll Russlands Politik hinsichtlich der ehemaligen Sowjetrepubliken aktiver sein als hinsichtlich anderer Staaten? Wenn ja: Warum?

Ja. Russland hat das Recht auf eine aktive Einmischung in deren Innenpolitik, da sie traditionell Teile eines einheitlichen Staates waren.	14,2%
Ja. Russland sollte einen aktiveren Einfluss ausüben, da sie alle zum politischen und ökonomischen Interessensgebiet Russlands gehören.	22,1%
Ja. Russland sollte einen aktiveren Einfluss ausüben, da dort viele Russen leben und Russland deren Rechte schützen sollte.	29,7%
Nein. Die ehemaligen Unionsrepubliken sind unabhängige Staaten geworden. Russland sollte sich ihnen gegenüber ebenso verhalten wie gegenüber jedem beliebigen anderen Land.	34,7%

Tabelle 5: Sollte Russland auf Vereinigung zu einem neuen einheitlichen Staat hinwirken?

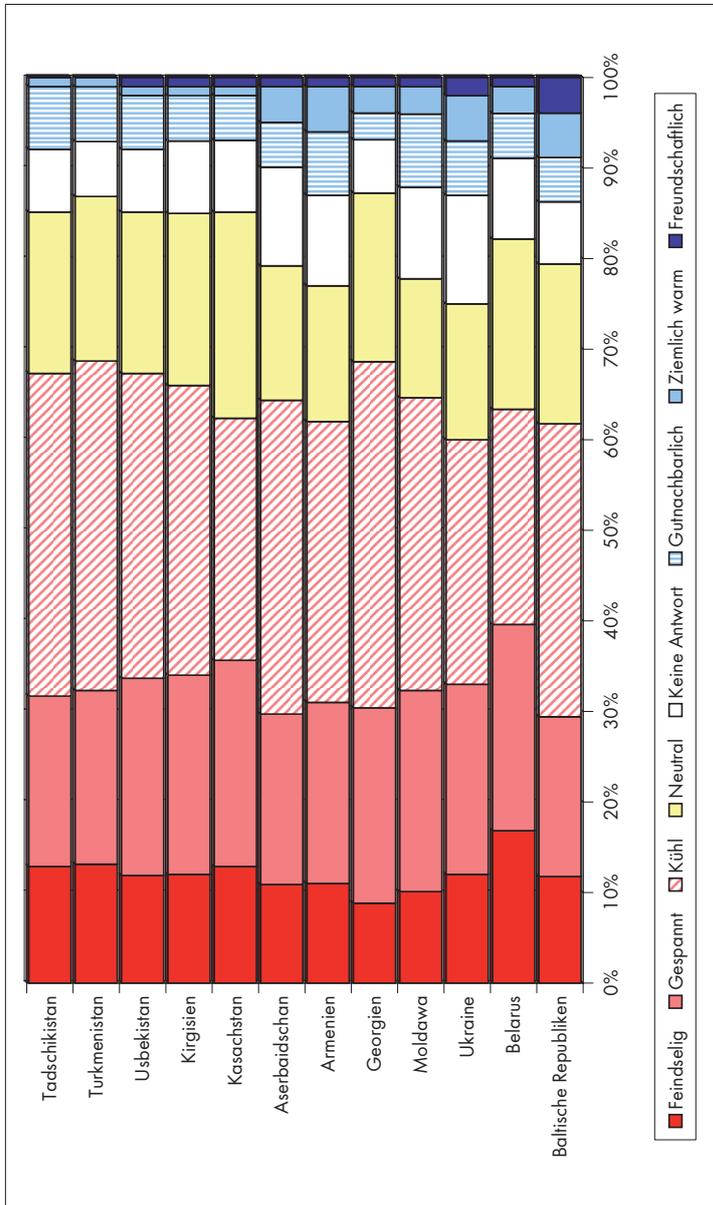
	Alle Befragten	16-30 Jahre	31-50 Jahre	über 50 Jahre
Ja, das ist notwendig und richtig.	18,0%	15,6%	16,1%	24,0%
Das wäre gut. Aber es ist kaum möglich.	20,3%	23,6%	19,0%	17,2%
Eine Vereinigung in den Grenzen der UdSSR wird es nie mehr geben. Aber unter den Nachbarstaaten sind politische und wirtschaftliche Bündnisse möglich.	30,6%	31,2%	33,5%	25,4%
Die Schaffung eines neuen einheitlichen Staates ist überflüssig. Jedes Land kann und muss sich selbständig entwickeln.	14,5%	13,7%	16,0%	14,7%
Es wäre schädlich für Russland. Die Russen würden nur wiederum andere Völker „durchfüttern“.	18,4%	17,2%	18,4%	20,4%

Umfrage

Russland und die ehemaligen Sowjetrepubliken

Quelle: Umfrage des Levadazentrum, 12.–14. November 2006 <http://www.levada.ru/press/2006120802.html> 11.12.2006

Vor 15 Jahren, im Dezember 1991, wurde die Sowjetunion aufgelöst. Wie schätzen Sie die heutigen Beziehungen ein zwischen Russland und ...

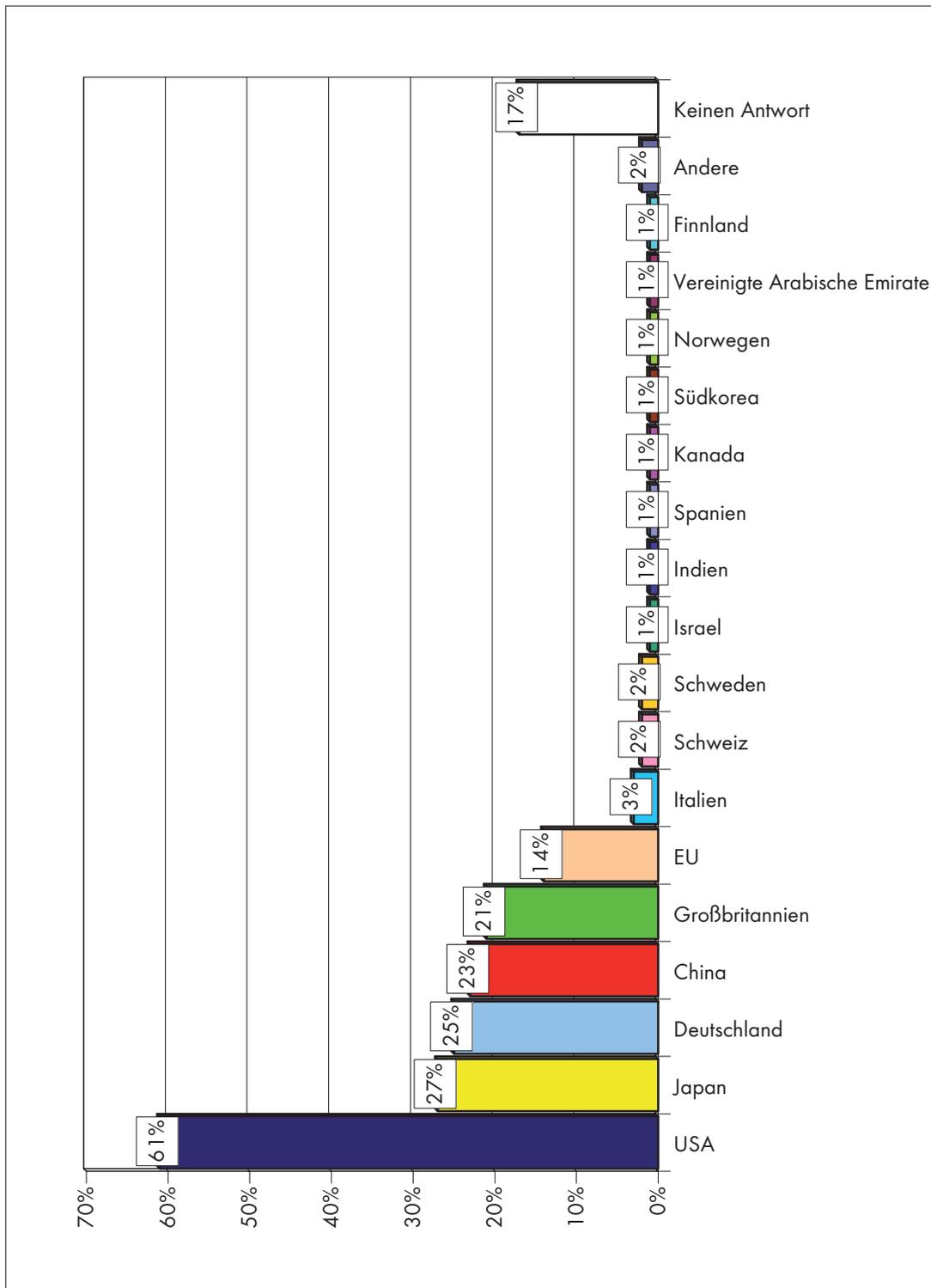


	Baltische Republiken	Belarus	Ukraine	Moldawa	Georgien	Armenien	Aserbaidschan	Kasachstan	Kirgisien	Usbekistan	Turkmenistan	Tadschikistan
Feindselig	12%	17%	12%	10%	9%	11%	11%	13%	12%	12%	13%	13%
Gespannt	18%	23%	21%	22%	22%	20%	19%	23%	22%	22%	19%	19%
Kühl	33%	24%	27%	32%	39%	31%	35%	27%	32%	34%	36%	36%
Neutral	18%	19%	15%	13%	19%	15%	15%	23%	19%	18%	18%	18%
Keine Antwort	7%	9%	12%	10%	6%	10%	11%	8%	8%	7%	6%	7%
Gutnachbarlich	5%	5%	6%	8%	3%	7%	5%	5%	5%	6%	6%	7%
Ziemlich warm	5%	3%	5%	3%	3%	5%	4%	1%	1%	1%	1%	1%
Freundschaftlich	4%	1%	2%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	0%	0%

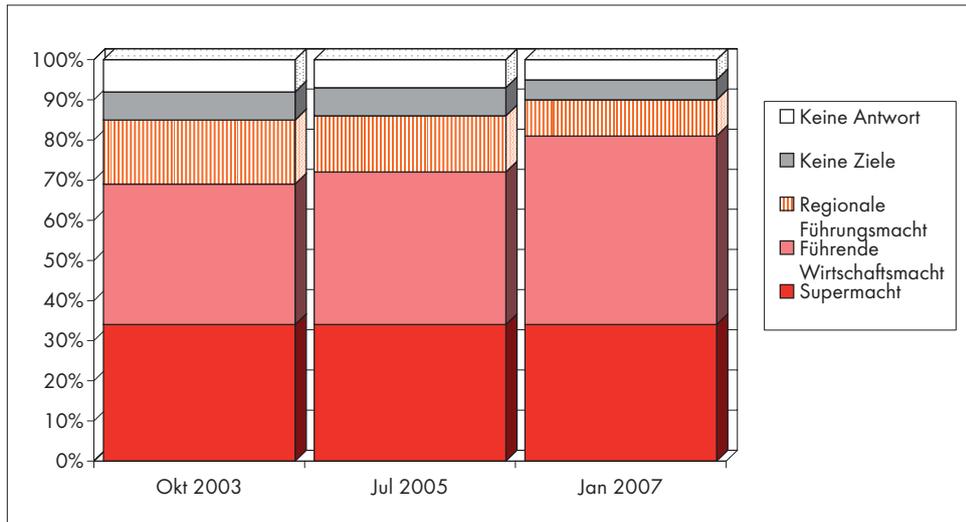
Ist Russland eine Großmacht?

Quelle: Umfrage des VCIOM vom 14.-16.1.2007 <http://wciom.ru/novosti-analitika/press-vypuski/press-vypusk/single/3895.html>

Nennen Sie die Staaten, die Ihrer Meinung nach Großmächte sind
(Beliebig viele Antworten, ohne Russland)

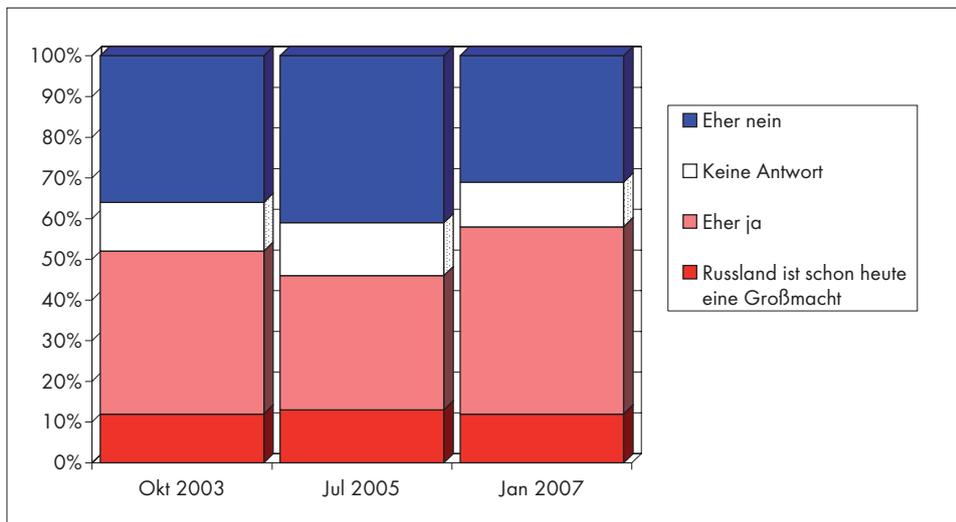


Was meinen Sie, welches Ziel soll Russland im 21. Jahrhundert anstreben?



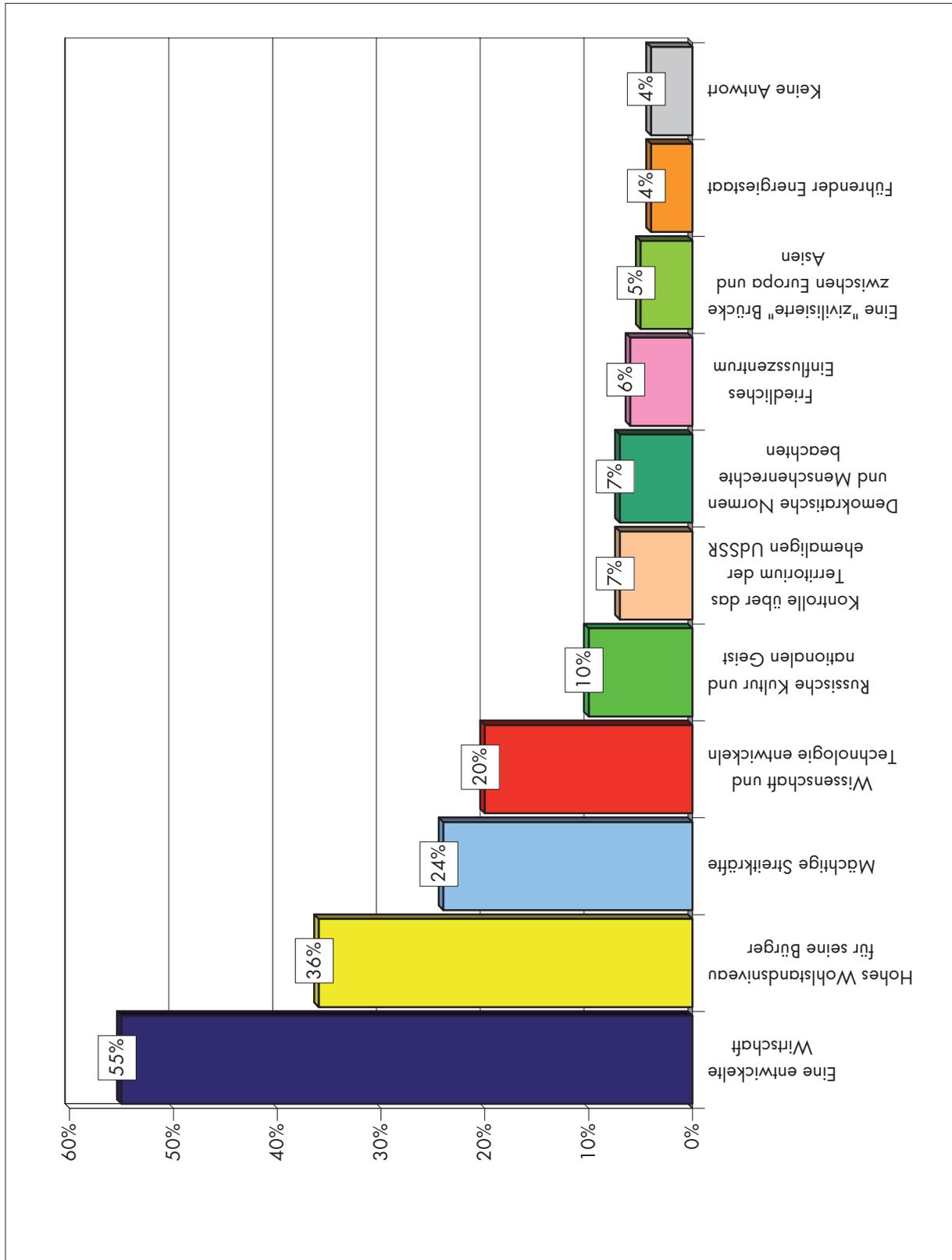
	Okt 2003	Jul 2005	Jan 2007
Supermacht	34%	34%	34%
Führende Wirtschaftsmacht	35%	38%	47%
Regionale Führungsmacht	16%	14%	9%
Keine Ziele	7%	7%	5%
Keine Antwort	8%	7%	5%

Kann Russland Ihrer Meinung nach in den nächsten 15–20 Jahren eine Großmacht werden?

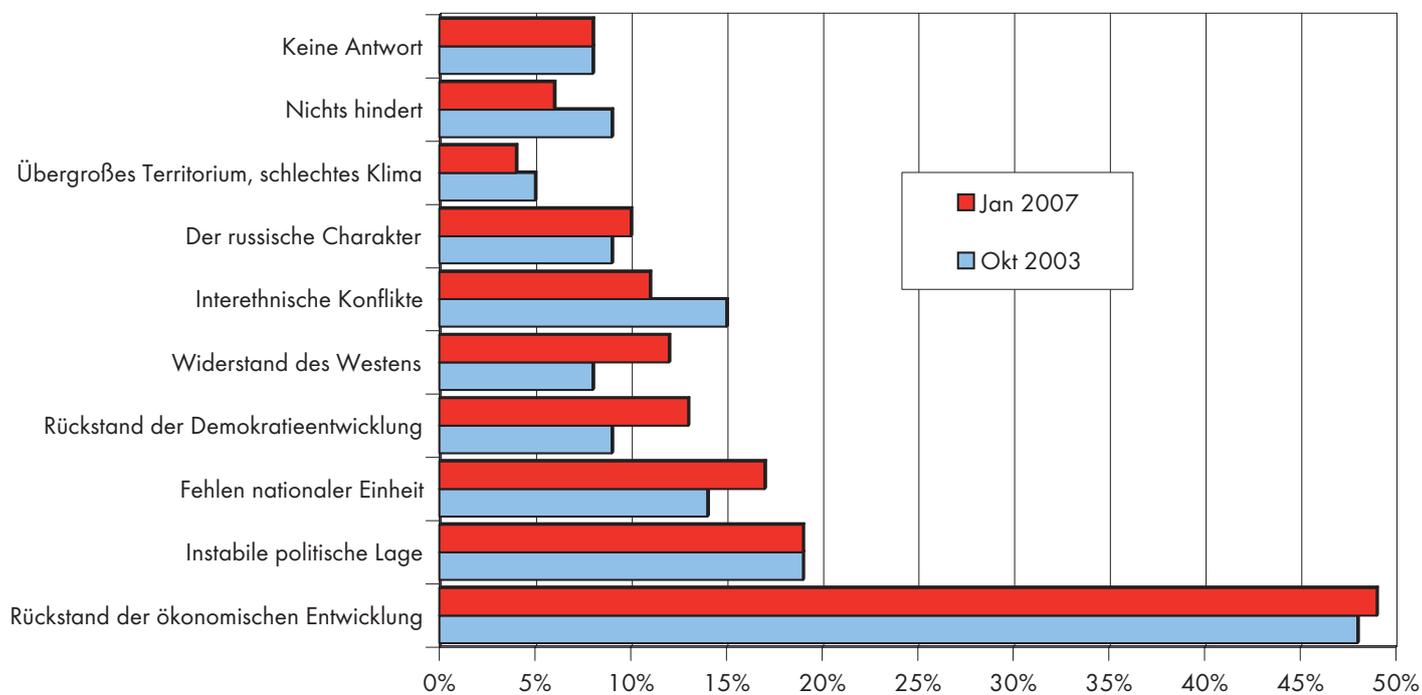


	Okt 2003	Jul 2005	Jan 2007
Eher ja	40%	33%	46%
Eher nein	36%	41%	31%
Russland ist schon heute eine Großmacht	12%	13%	12%
Keine Antwort	12%	13%	11%

Welche Ziele soll Russland erreichen, um sich als Großmacht zu qualifizieren
(bis zu zwei Antworten)



Was hindert Russland daran, eine Weltmacht zu werden? (bis zu zwei Antworten)



	Okt 2003	Jan 2007
Rückstand der ökonomischen Entwicklung	48%	49%
Instabile politische Lage	19%	19%
Fehlen nationaler Einheit	14%	17%
Rückstand der Demokratieentwicklung	9%	13%
Widerstand des Westens	8%	12%
Interethnische Konflikte	15%	11%
Der russische Charakter	9%	10%
Übergroßes Territorium, schlechtes Klima	5%	4%
Nichts hindert	9%	6%
Keine Antwort	8%	8%

Umfrage

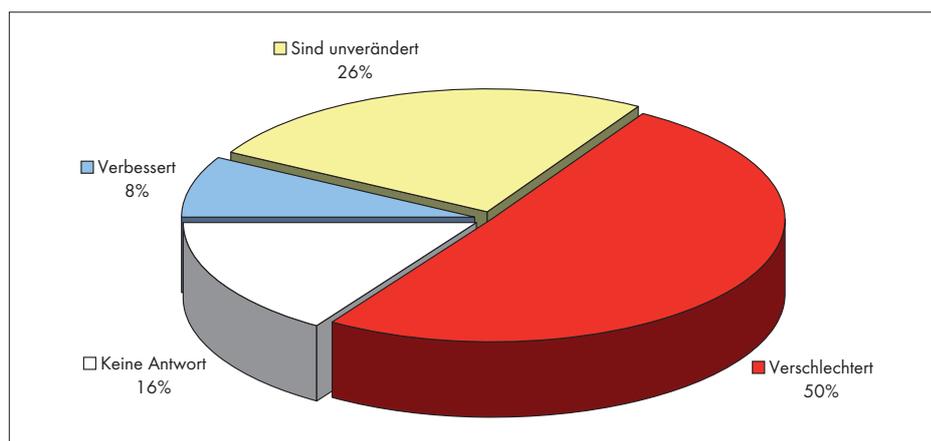
Der Gasstreit zwischen Russland und Belarus in der öffentlichen Meinung Russlands

Nachdem Gazprom Ende 2006 mit der belarussischen Erdgasgesellschaft ein Abkommen geschlossen hat, in dem der Preis für Gaslieferungen an Belarus verdoppelt wird, erhebt Belarus ab Januar 2007 erhöhte Transitgebühren für Erdöl. Die russische Seite reagiert darauf mit einem Lieferstopp für Öl, der sich bis in die europäische Empfängerländer auswirkt. Erst als Belarus die Gebührenerhöhung wieder zurücknimmt, nimmt Russland die Erdöllieferungen wieder auf.

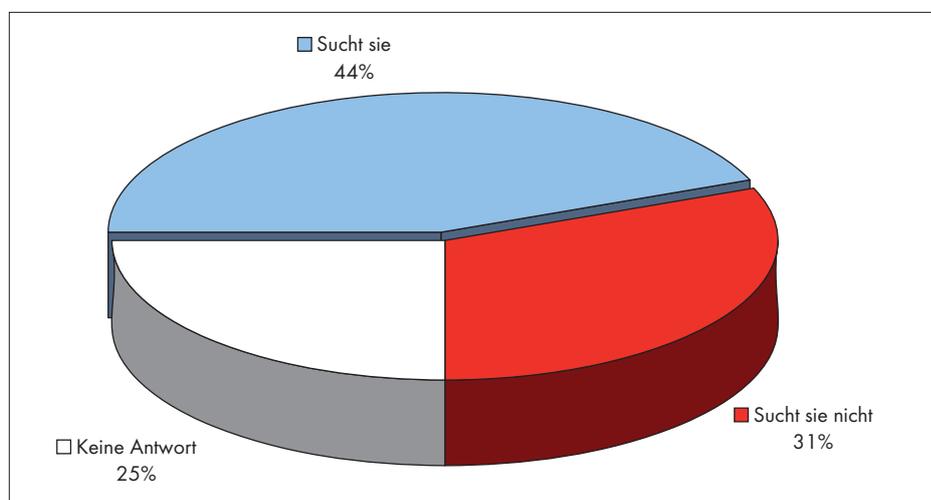
Die Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ über das russisch-belarussische Gasproblem

Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 20.-21.1.2007 http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0704/domi0704_4/d070424

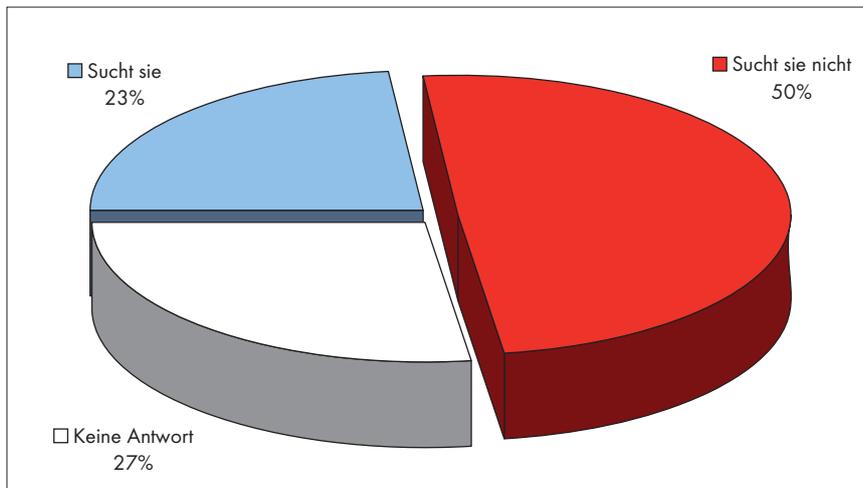
Wie haben sich die Beziehungen zwischen Russland und Belarus in den letzten Jahren entwickelt?



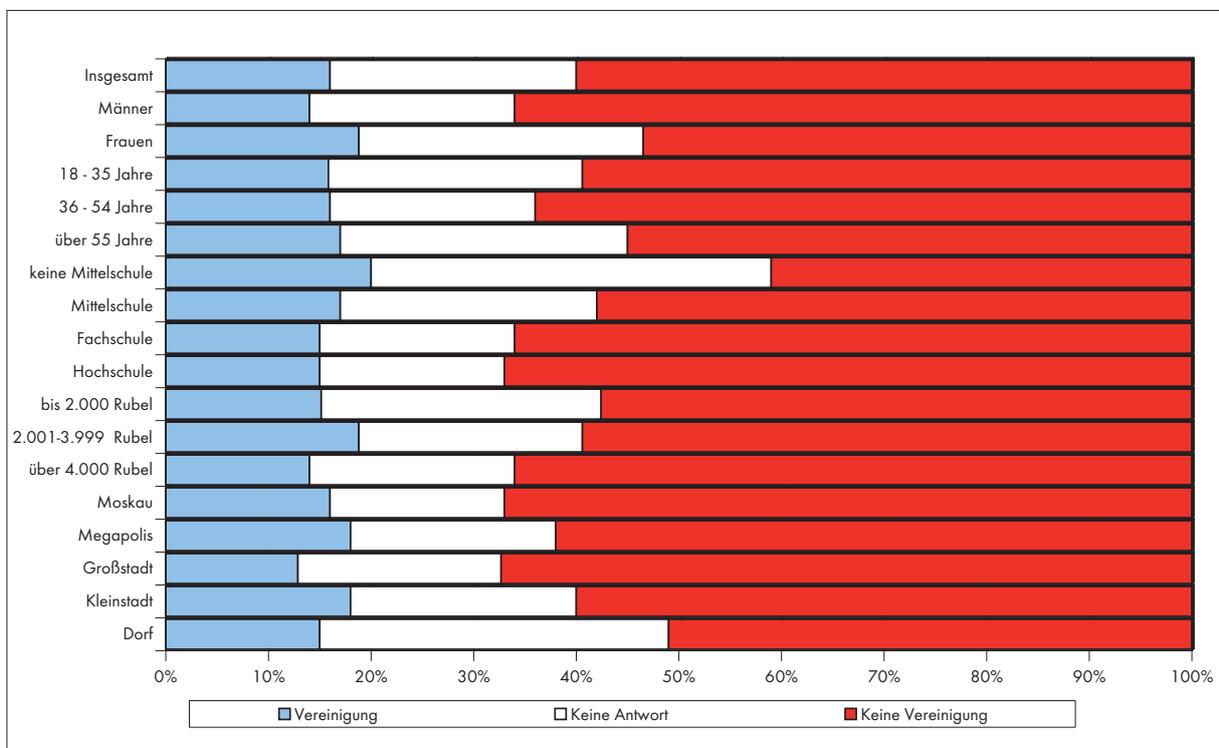
Sucht die russische Führung in letzter Zeit die Annäherung an Belarus?



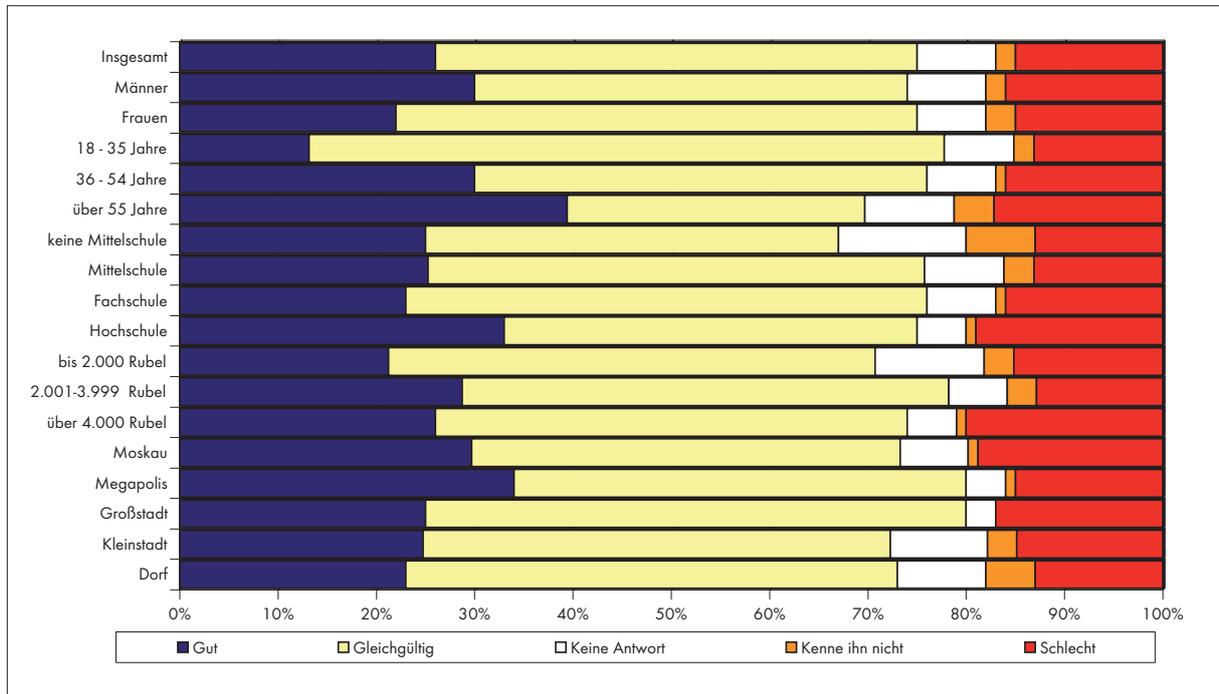
Sucht die belarussische Führung in letzter Zeit die Annäherung an Russland?



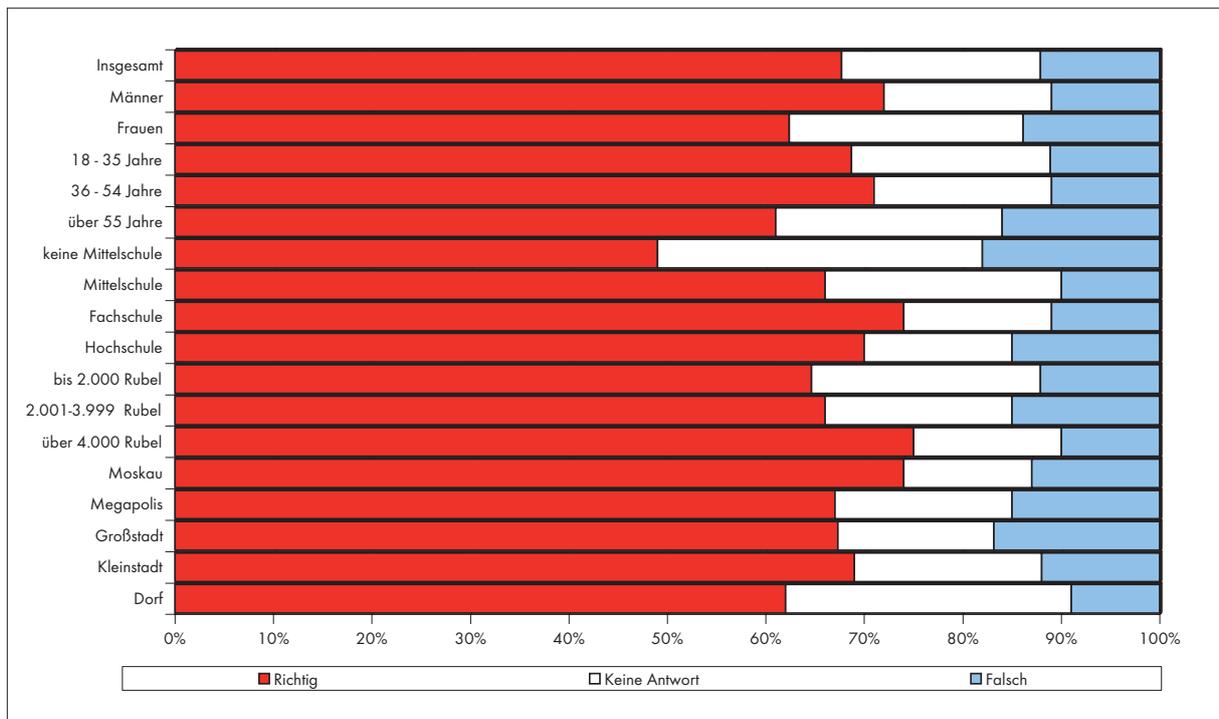
Werden Russland und Belarus sich in den nächsten Jahren zu einem gemeinsamen Staat vereinigen?



Wie stehen Sie zu Präsident Alexander Lukaschenka?



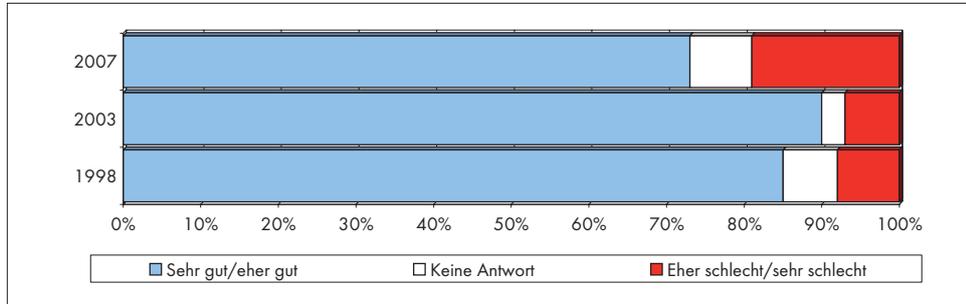
War es richtig, die Gaspreise für Belarus zu erhöhen?



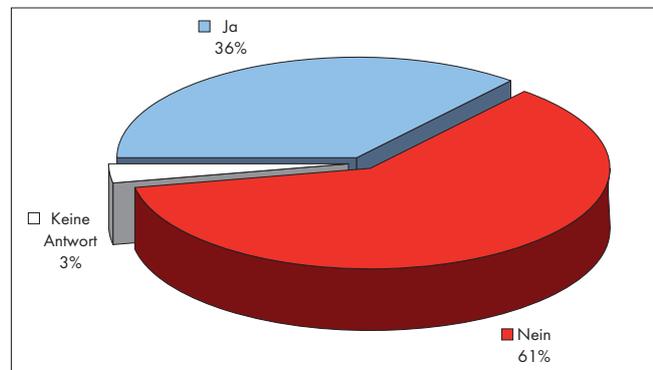
Russen über Belarus in den Umfragen des Lewada-Zentrums

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.-23-1-2007 <http://www.levada.ru./press/2007013004.html>

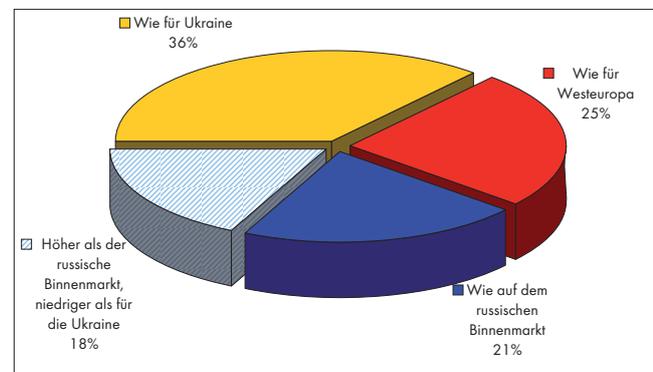
Wie ist Ihre Einstellung zu Belarus?



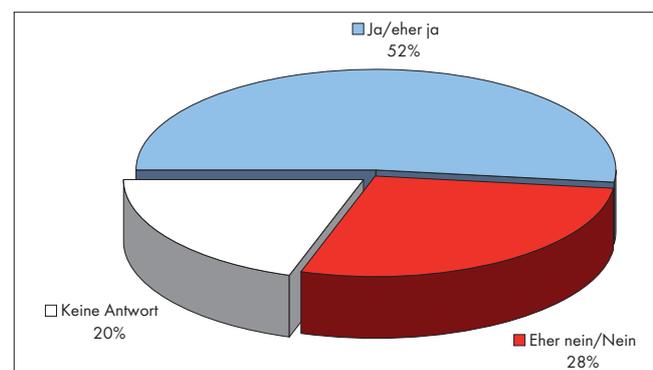
Ist Belarus für Sie Ausland?



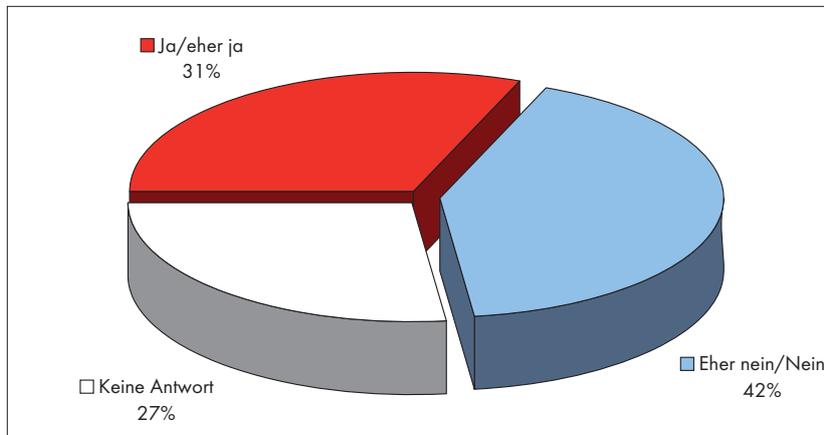
Was wäre ein ehrlicher Preis für die Lieferung russischen Gases an Belarus?



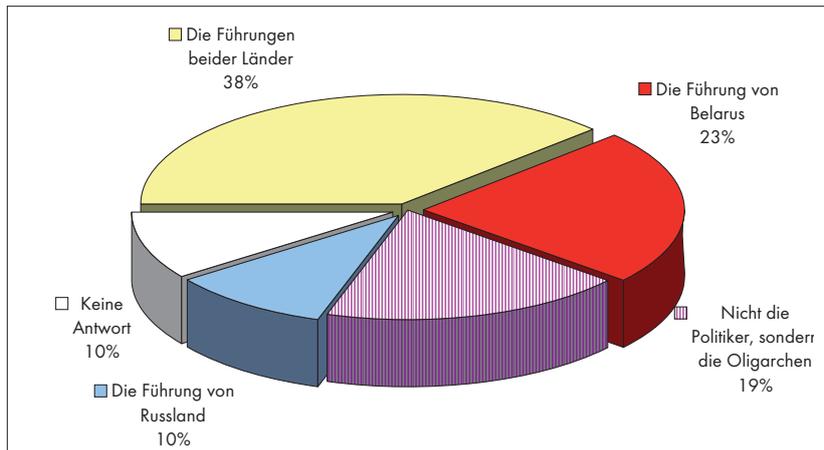
Billigen Sie die Erhöhung der russischen Gaspreise für Belarus im Januar 2007?



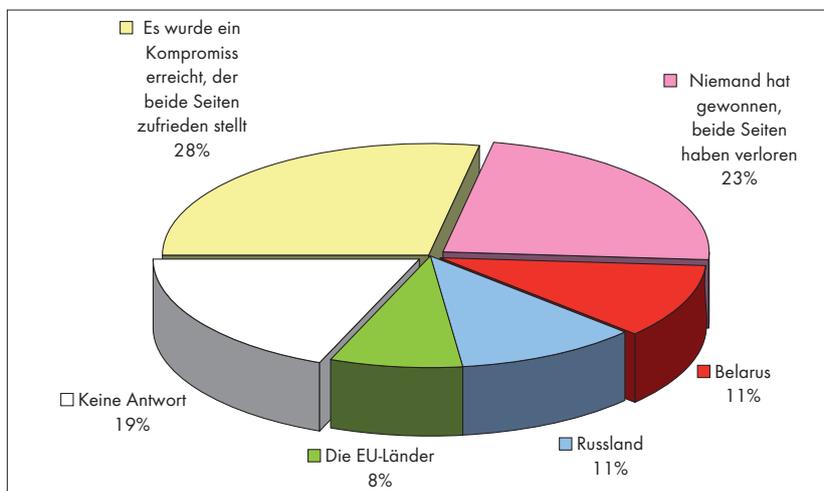
War die Einführung von Transitgebühren durch Belarus eine angemessene Antwort?



Wer trägt die Verantwortung für den Gastreit zwischen Russland und Belarus?



Wie ist der Konflikt gelöst worden, wer ist als Gewinner daraus hervorgegangen?



Chronik

Vom 24. Januar bis zum 1. Februar 2007

24.– 25.1.2007	Staatsbesuch Präsident Putins in Indien. U.a. einigen sich Russland und Indien auf die gemeinsame Entwicklung eines Jagdflugzeuges der fünften Generation.
24.1.2007	Während des Besuchs in Indien kritisiert Verteidigungsminister Sergej Iwanow Pläne der USA in Polen und Tschechien Raketenabwehrsysteme in Stellung zu bringen.
27.1.2007	Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos ist Russland mit einer großen Delegation von Politikern und Wirtschaftsführern vertreten. An der Spitze der Delegation stehen der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Medwedew und Entwicklungs- und Handelsminister German Gref.
27.1.2007	Die Wahlkommission von St. Petersburg verweigert Jabloko die Zulassung zu den Regionalwahlen am 11. März.
27.1.2007	Nach britischen Presseangaben hat Scotland Yard den früheren KGB-Offizier Andrej Lugowoj als Hauptverdächtigen im Mordfall Litwinenko identifiziert.
28.1.2007	Igor Iwanow, der Sekretär des Sicherheitsrates, führt in Teheran Gespräche mit seinem iranischen Amtskollegen Ali Larijani und legt ihm den Vorschlag der IAEA nahe, die Anreicherung von Uran einzustellen, wenn im Gegenzug die UN-Sanktionen aufgehoben werden. Ayatollah Ali Khamenei schlägt Russland seinerseits die Gründung einer „Gas-OPEC“ vor.
29.1.2007	Der Direktor der in staatlicher Hand befindliche Wneschtorgbank (VTB), Andrej Kostin, kündigt an, dass die VTB 49,9 Prozent ihres Kapitals an die Börsen in Moskau und London bringen will. Der erste Börsengang, der von Deutscher Bank, Goldman Sachs und Citigroup gemanagt wird, ist für Mai dieses Jahres geplant und soll etwa 25 Prozent des Kapitals im Wert von etwa 3,5 Mrd. Euro umfassen.
29.1.2007	Es wird bekannt, dass der US-Konzern Wrigley für 300 Mio. US\$ 80% der Anteile an den Unternehmen des russischen Schokoladen- und Pralinenproduzenten A. Korkunow erwirbt.
29.1.2007	Die russische Presse berichtet über Korruptionsvorwürfe, die Alexej Frenkel, der als Anstifter zum Mord an Andrej Koslow, dem Chef der Bankenaufsicht, in Untersuchungshaft ist, gegen die Zentralbank erhebt.
29.1.2007	Der Pressedienst des Innenministeriums teilt mit, dass gegen die Holding „Russneft“, an deren Spitze Michail Guzerijew steht, der Verdacht der Steuerhinterziehung besteht. Die Büro des Unternehmens wurden durchsucht, Guzerijew und einige andere Manager verhört.
29.1.2007	Im Ostteil Tschetscheniens gerät eine Patrouille der russischen Sicherheitskräfte in einen Hinterhalt. Drei Soldaten werden getötet, ferner einer der Angreifer.
29.1.2007	„Sky Ekspress“, Russlands erste Billig-Airline, nimmt mit einem Flug von Moskau nach Sotschi ihren Betrieb auf.
29.1.2007	Präsident Putin nimmt den Rücktritt von Walerij Malejew, dem Gouverneur des Autonomen Bezirks der Burjaten von Ust-Ordinsk, an. Der Bezirk wird bis Ende des Jahres von Alexander Tischanin mitverwaltet, dem Gouverneur des Gebiets Irkutsk. Am 1.1.2008 werden der Autonome Bezirk der Burjaten von Ust-Ordinsk und das Gebiet Irkutsk zusammengelegt.
30.1.2007	Die Sberbank eröffnet die Zeichnung für die Plazierung von Neuaktien. Sie bietet auf dem russischen Finanzmarkt 3,5 Mio. Stammaktien für 328 Mrd. Rbl (9,53 Milliarden Euro) an. Auf die Sberbank mit einem Marktwert von 50 Mrd. Euro entfällt etwa ein Drittel aller russischen Bankguthaben. Durch die Emission will die Sberbank die Eigenkapitalquote erhöhen.
30.1.2007	In der Nacht zum 30.1. schaltet sich das Atomkraftwerk Balakowo, nordöstlich von Saratow an der Wolga, automatisch ab, nachdem nicht näher erläuterte technische Probleme aufgetreten sind.
30.1.2007	Der Stellvertretende Außenminister Alexander Saltanow erklärt, Russland werde sich im Nahostquartett, dem die USA, Russland, die UN und die EU angehören, für eine Aufhebung der Finanzsperre für die Palästinenser einsetzen.
31.1.2007	Auf den höchsten islamischen Geistlichen der Republik Inguschetien wird ein Anschlag verübt. Unbekannte beschießen seinen PKW und verletzen ihn und seinen Sohn.
1.2.2007	Putin hält seine alljährliche Pressekonferenz im Kreml ab, an der dieses Mal 1.232 Journalisten, darunter 262 aus dem Ausland teilnehmen. Der Präsident stellt die ökonomischen Erfolge heraus und erklärt 2006 zum „Jahr der Börsengänge“.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de